



Dresden braucht Gestaltung und Visionen im Bereich des Wohnens und keine Kümmerer-Plattitüden

Visionen für Dresden

von Dr. Kris Kaufmann

Die Stadt ist bunt bepflastert mit Wahlplakaten. Vor allem die C-Fraktion im heutigen Stadtrat hat lange daran gearbeitet, ihre KandidatInnen einer intensiven Verjüngungskur zu unterziehen und alte Wahlkampfthemen zu recyceln.

Eine nichtssagende CDU-Parole auf den Plakaten soll den Bürgerinnen und Bürgern bestmöglich suggerieren, dass etwas passiert vor Ort. So soll anscheinend ein Artesischer Brunnen gebaut, die Hellaer Festspiele im Norden und eine Frauenkirche auf dem Neumarkt errichtet, das Blaue Wunder blau, der 100-jähriger Schumannbau für die TU oder das 100-jährige Cottaer Rathaus für Cotta na was eigentlich? gezeigt werden. Nebenbei setzt sich Einer seit 15 Jahren immer kurz vor der Wahl „für DSL in Striesen“ ein. Auch Fußwege sind ein dankbares Thema, wie auch die Revitalisierung der Lingner Stadt, die erst vor knapp zwei Jahren bestmöglich verhindert wurde. Selbst der Ausbau der Königsbrücker Straße, den man jahrelang ausgeklügelt sabotierte, schafft es auf ein Plakat. In der Johannstadt wird sich für eine Kita in der Friedrichstadt eingesetzt. Hier haben sich Unkundige anscheinend schlicht im Stadtteil geirrt. Johann oder Friedrich. Wen interessiert's. Hauptsache König, hauptsache kümmern. Irgendwie.

Nur an das Thema Wohnen hat sich keiner so recht plakattenehmend herangetraut. Zu blamabel wären die letzten Jahre des Nichtstuns und der Begeisterung für den Abriss. Die Frage der Bezahlbarkeit des Wohnens stellt sich der CDU erst gar nicht. Der Markt reguliert den Preis. Punkt. Deswegen wird im Wahlprogramm auch für Wohnbauflächen gekämpft, die längst im Flächennutzungsplan als solche ausgewiesen sind. Nur für SeniorInnen und kinderreiche Familien will eben keiner ‚einfach so‘ bauen. Wenige große Wohnungen rechnen sich im Investorenportfolio nicht. Viele kleinere Wohnungen versprechen höhere Verkaufserlöse.

Aktuell wird der neue Mietspiegel für Dresden erstellt. Die wachsende Nachfrage treibt nicht nur Miet-, sondern auch Immobilienpreise in die Höhe. Aus Sicht der LINKEN ist es deswegen grundlegend falsch, in einer Stadt der MieterInnen (86 %) weiter auf eine



Foto: Marco Dziallas

Verdichtung der Ränder durch zusätzliche Flächenausweisungen von Einfamilienhausgebieten zu setzen. Die weiterhin von einer Häuslebauerideologie getragene Politik der flächenintensiven und vor allem für die Stadt insgesamt kostenintensiven Erschließung fügt Dresden langfristig schweren Schaden zu. Denn nicht nur ein Infrastrukturausbau in der Fläche kommt die Stadt teuer zu stehen, sondern auch der Unterhalt von Bestehendem – egal ob an Fußwege, Bibliotheken, Begegnungsstätten oder Schulen gedacht wird – ist bereits heute kaum zu bewältigen. Jegliche zentrenferne Verdichtung nimmt finanzielle, personelle und stadtstrukturelle Kraft und lenkt von den eigentlich wichtigen, zeitnah anstehenden Gestaltungsaufgaben ab: Wohnen und Infrastrukturerhalt.

Oberste Priorität im Bereich des Wohnungsneubaus muss auf der Erweiterung von bedarfsgerechten und preisgünstigen Mietwohnungsangeboten liegen. In integrierten Lagen, auf Brachflächen, stadt- und stadtteilverträglich. Wir fordern Barrierefreiheit als Selbstverständnis des neuen Investierens in Dresden. Die CDU muss auf Landesebene endlich ihrer Pflicht nachkommen und Wohnungspolitik betreiben, die der Situation Dresdens gerecht wird. Wäh-

rend eine Mietpreisbremse als unnützlich hingestellt wird, erweist sich die Förderung des Mehrgenerationenwohnens in Dresden seit Jahren als ein Rohrkrepiere. Dabei ist der Umgestaltungsbedarf immens, dummerweise nicht massenhaft im Wohneigentum (siehe oben).

So jung, vital und kinderreich Dresden ist - wir altern alle. Wer sich mit 75 Jahren noch am Ausblick aus dem sechsten Stock freut, ist möglicherweise 10 Jahre später in seiner Wohnung ohne Lift gefangen. Mit diesem Wissen gilt es Antworten auf drängende Fragen der Zukunft zu suchen. Mögliche Schlagworte sind Umzugsmanagement, Tauschbörsen zwischen den Generationen, um Remanenzeffekte des Wohnens abzuschwächen, Bestandsumbau, Genossenschaften auch bei nicht so gut gestellten Mietwohnungssuchenden politisch in die Pflicht nehmen oder endlich einen eigenen Wohnungsstock aufbauen. Wir werden uns genau darum in Zukunft noch intensiver darum kümmern müssen.

Auch wenn Dresden den Anstieg der Nebenkosten nur bedingt kontrollieren kann und die Grundsteuer B für Wohnimmobilien keineswegs der Preistreiber ist, wird der Posten ‚Energie‘ unweigerlich zur zweiten Miete anwachsen. Bereits

deswegen ist heute klar, dass wir um sensible energetische Sanierungsmaßnahmen zukünftig nicht umhin kommen werden. Unsanierete Bestände werden erneuert, die zweite Sanierungswelle der Nachwendzeit rollt auf Dresdner Haushalte zu. Nicht nur neue Mietverträge werden immer höher abgeschlossen, sondern auch die Bestandsmieten steigen durch Modernisierungsmaßnahmen jährlich zusätzlich bis zu 11 Prozent. Eine steigende Zahl an Eigenbedarfskündigungen und eine leicht sinkende Umzugsmobilität werden stille Indikatoren für eine Trendwende auf dem Markt: Nicht mehr jede/r kann bedarfsgerecht leben. Und genau deswegen benötigen wir heute eine gestaltende Politik für Morgen. So selbstverständlich wie es ist, in Bildungsinfrastruktur zu investieren, müssen wir Geld in die Hand nehmen, um den Dresdner Wohnungsmarkt bestmöglich und integrativ gemeinsam mit anderen Akteuren und in Synergie mit anderen Aufgaben zu gestalten.

Wer gestalten will braucht Ideen, Visionen und Mut für Neues. Es wird ein Kraftakt. Aber es wird sich lohnen. Nicht nur für wenige, sondern für viele. Auf alle Fälle für Dresden und seine Menschen.

Informationen zum Bürgerbegehren:
www.wohn-begehren.de

Ombudsstelle für ALG-II-Beziehende

von Katrin Mehlhorn

„Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt“ - so heißt ein aktuelles Buch der Diakonie über die Lebensrealität von Hartz-IV-Beziehenden. Gleichwohl kann man damit auch häufig die Realität in vielen Jobcentern überschreiben. Hier entscheiden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Basis von sehr kritikwürdigen gesetzlichen Vorgaben aus Berlin über das Wohl und Wehe von tausenden Menschen. Dass sie das nicht immer mit Augenmaß, der nötigen Sorgfalt und mit richtiger und sicherer Rechtsanwendung tun, das zeigen viele Beschwerden von Betroffenen. Diese reichen vom Umgang mit den Kundinnen und Kunden über die Unverständlichkeit und Fehlerhaftigkeit von Bescheiden bis hin zur Dauer von Rechtsstreitigkeiten. Erkennbar wird das besonders an der Zahl von Widersprüchen oder gar Klageerhebungen vor dem Sozialgericht. Dresden steht dabei bundesweit nicht sonderlich gut da. Im März gab es hier einen Bestand von 5.601 Klagen: Das sind deutlich mehr, als für die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen sowie 4.857 offenen Widersprüchen.

Und die Streitigkeiten werden absehbar nicht weniger, sollten im Herbst die momentan unter dem Titel „Rechtsvereinfachung im SGB II“ gehandelten Bestimmungen, die überwiegend auf eine Verschärfung des Gesetzes hinwirken, in Kraft treten. Zwar hat die Stadt keine wirkliche Handhabe bei oder gegen die



Foto: Thorben Wengert

Gesetzgebung im Bund, aber eine solche große Zahl von Rechtsbehelfen und die vielen Beschwerden legen nahe, dass einerseits die Arbeit im Jobcenter als auch die Lage der Betroffenen verbesserungsfähig ist. Aus diesem Grund steht auf der Tagesordnung der nächsten Stadtratsitzung ein Antrag der LINKEN, der die Einrichtung einer unabhängigen und fachlich kompetent besetzten Ombudsstelle als Ansprechpartnerin für SGB-II EmpfängerInnen in räumlicher Nähe zum Jobcenter Dresden fordert. Ombudsstellen arbeiten ergänzend zu Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten oder Sozialberatungen. Ihr großes Plus ist, dass sie im Konfliktfall ohne großen Aufwand zwischen Erwerbslosen und Jobcenter vermitteln können und so auch gerichtliche Auseinandersetzungen vermeiden helfen. Der Aufgabenbereich einer solchen Ombudsstelle soll sich dabei insbesondere auf die erklärende und beratende Funktion, z. B.

bei Unverständlichkeit von Bescheiden oder möglichen Rechtsfolgen sowie auf die Annahme von Anregungen, Kritik und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und eine entsprechende Rückkopplung mit dem Jobcenter erstrecken.

Mittlerweile arbeiten in zahlreichen deutschen Städten, so in Aachen, Berlin oder Jena, erfolgreich Ombudsstellen. Und sie werden vor Ort inzwischen nicht nur von der LINKEN gefordert, sondern auch von CDU, SPD oder den Grünen. Erfahrungen und Evaluierungen aus anderen Kommunen zeigen eine positive Entwicklung. So können Probleme durch eine von der Ombudsstelle organisierte Vermittlung deutlich schneller und unbürokratischer gemeinsam mit den Jobcenter-Beschäftigten behoben werden. Eine Ombudsstelle könnte somit auch in Dresden viel Geld und Zeit sparen sowie unnötige psychosoziale Belastungen aller Beteiligten vermeiden helfen.

Zur Abstimmung über den Bibliotheksentwicklungsplan im OBR Plauen

Der Plan ist aus unserer Sicht nicht ausweglos. Einerseits gibt es klare Worte zum Nachholbedarf des Dresdner Bibliothekwesens, andererseits sind die Zielstellungen verschwommen, können sicherlich nicht genauer gefasst werden, da die Haushaltsmittel in den nächsten Jahren der Fachabteilung nicht bekannt sind.

Warum dieser Plan bis 2017 gilt bleibt unklar. Daraus haben wir Anfragen und Kritik abgeleitet.

Wir haben besonders den notwendigen Umzug der Stadtteilbibli Südvorstadt gefordert, der laut Plan für das Jahr 2016 „angestrebt“ wird. Ähnliche Missstände in anderen Ortsamtsbereichen sollten aufgegriffen werden. Eine neue, moderne Zentralbibli, darf nicht zur weiteren Vernachlässigung der kleinen Bibis führen. Die Vorlage wurde mit vielen Worten von Herrn Prof. Flemming erläutert und verteidigt. In unserer Vorbereitung auf die Sitzung hatten wir uns auf eine Ablehnung geeinigt. Da in der Sitzung einer von uns anderer Meinung war, enthielten wir uns.

Waldemar Peine ist LINKE-Ortsbeirat in Dresden-Plauen

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Plauen

Bibliothek, Bauplan, Busbahnhof

Es war schon ein buntes Programm, das die Plauer in ihrer Mai-Sitzung zu bewältigen hatten, in einer der letzten der nun auslaufenden Legislaturperiode. Doch das tat dem Engagement in der Debatte keinen Abbruch.

Beginnen wir mit dem Bauvorhaben, den Plänen für das Quartier Chemnitzstraße - Bamberger Straße - Hohe Straße - Bayreuther Straße. Vor zwei Jahren gab's dazu den Aufstellungsbeschluss, vor einem Jahr die frühzeitige Beteiligung, nun erläuterte die Sprecherin des Stadtplanungsamtes, was aus den Hinweisen und Kritiken der 60 Bürgerinnen und Bürgern geworden ist, was sich aus der Einordnung eines möglichen Kita-Standortes ergibt und welche Schlußfolgerungen aus den Gutachten zu Altlasten, Artenschutz und Lärm gezogen werden. Das Ergebnis fand der Ortsbeirat sehr erfreulich. Er begrüßte vor allem, dass eine „kompakte grüne Mitte“ im Projekt gesichert wird. Es ging um die Zufahrt zur Kita, um Tiefgaragen, um den Abstand zum benachbarten Friedhof. Einkalkuliert ist auch eine mögliche Haltestelle, wenn, wie derzeit erörtert wird, eines Tages eine Straßenbahn durch die Chemnitzstraße fahren sollte. Nach der Bürgerbeteiligung wurden gute Lösungen gefunden, hieß es, und der Ortsbeirat entschied sich einstimmig für den Bebauungsplan Nr. 387, der möglichst noch im Juni öffentlich ausgelegt werden soll.

Etwas differenzierter waren Debatte und Beschlussfassung zum Bibliothek-



Foto: Susanne Schmich, pixelio.de

entwicklungsplan 2014 bis 2017. Der Chef der Städtischen Bibliotheken, Prof. Flemming, stellte den Plan vor. Bekanntlich sind die Dresdner Leistungen auf diesem Gebiet deutschlandweit anerkannt - und selbst aus Korea waren kürzlich Experten zu Gast, um hiesige Erfahrungen zu studieren. Ein „Pfund“ ist dabei die Bürgernähe, das dezentrale Netz aus 19 Stadtteilbibliotheken und zwei modernen Fahrbibliotheken. Das Kunststück besteht darin, trotz aller Sparzwänge, bei Kosten und Personal, den Dresdnern den kurzen Weg zu ihrer Bibliothek zu sichern. Hohe Selbständigkeit für die einzelne Stadtteilbibliothek bei Öffnungszeiten, Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Veranstaltungsangebot ist das Rezept,

damit sie ihre Rolle als Bildungsknoten im Zusammenwirken mit Kitas, Schulen, Volkshochschule und vielen anderen im Stadtteil gerecht werden können. Und genau hier ergab sich im Plauer Ortsbeirat ein Konfliktpunkt, dem sich die VertreterInnen der LINKEN besonders zuwandten. Das Sorgenkind ist die Bibliothek am Nürnberger Ei, die wegen der räumlichen Bedingungen einfach nicht mehr weiter betrieben werden kann. Seit Jahr und Tag wird ein Ersatz gesucht, unbedingt in der Südvorstadt. Der Ortsbeirat hatte kürzlich in dieser Sache eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin gerichtet, sie hatte nun, wie in der Sitzung informiert wurde, den Chef der Dresdner Bibliotheken gebeten, mündlich darauf zu antworten. Und es gab eine Neuigkeit: Es wird darüber verhandelt, in einem

vorgesehenen Neubau auf der Nürnberger Straße 36-38 die Stadtteilbibliothek einzurichten. Den LINKE-VertreterInnen schien das zu vage, wie sie auch andere Passagen im Entwicklungsplan gerne konkreter hätten. Deshalb wohl ihre Enthaltung bei der Abstimmung, während die Mehrheit dem Leitfadener für die Dresdner Bibliotheken nach ausführlicher Debatte und mit viel Lob für die Mitarbeiter zustimmte.

Zum Schluss ein brandaktuelles Thema, das sich der Ortsbeirat sozusagen selbst auf den Tisch gezogen hatte: ein Antrag der Stadtratsfraktion der Grünen zum Thema „Nutzergerechte Bushaltestellen an den Dresdner Fernbahnhöfen“, der bereits im Bauausschuss behandelt worden war. Die Situation in der Bayrischen Straße hinter dem Hauptbahnhof zwingt zum Handeln, so die allgemeine Haltung im zuständigen Ortsbeirat. Aber wo ist die Lösung? Die Debatte zeigte: Es gibt verschiedene Ansätze und Möglichkeiten, die Idee mit den Parkplätzen vor dem ENSO-Gebäude, Ausweichen auf die Strehleiner Straße, auf die Petersburger Straße, Durchsetzen des Projektes Busbahnhof Ammonstraße... Die OrtsbeirätInnen konnten sich nicht einigen. Mehrheitlich entschieden sie sich aber dafür, dass die Stadt Dresden kurzfristig ein Konzept erarbeiten soll, um der unwürdigen Situation „rund um die Haltestellen der Fernbuslinien in der Bayrischen Straße“ ein Ende zu setzen.

Peter Rosse

Jauchzet, frohlocket!

Das Bach-Fest 2016 in Dresden und der städtische Haushalt

von Annekatriin Klepsch

Vor einigen Wochen meldete eine Dresdner Tageszeitung erfreut, im Jahr 2016 würde in Dresden das Bachfest der Neuen Bach-Gesellschaft (NBG) stattfinden. Was die MusikfreundInnen und Bach-Fans erfreuen mag, ruft HaushaltspolitikerInnen auf den Plan mit der Frage, was die Sache für die Stadt kosten würde. Von 251.000 Euro war die Rede und wie selbstverständlich schien das Geld seitens der Stadtspitze bereits eingeplant, bevor der Stadtrat auch nur eine Vorlage dazu kannte oder darüber diskutiert hätte. Parallelen zur Mitfinanzierung des Evangelischen Kirchentages 2011 sind offensichtlich.

Es wird zweifelsohne eine kulturelle Bereicherung sein, wenn im Jahr des 800-jährigen Bestehens des Dresdner Kreuzchores mehr als 70 Konzerte in Dresden stattfinden, die das musikkulturelle Erbe Johann Sebastian Bachs pflegen. Es steht der Stadt Dresden gut zu Gesicht, wenn auch die zahlreichen Klangkörper, Chöre und weitere Ensembles in das Bachfest eingebunden sein werden. Bereits im Jahr 1968 machte das Bach-Fest Station in Dresden.

Kreuzkantor Roderich Kreile darf man gratulieren, dass es ihm gelungen ist, das Bachfest nach Dresden zu holen und die Oberbürgermeisterin von dem Vor-



Foto: S. Schlitt, pixelio.de

haben mit einem geschätzten Finanzvolumen von 618.000 Euro nach Dresden zu überzeugen. Mit Prof. Klemm als Rektor der Dresdner Musikhochschule, mit Jan Vogler als Intendanten der Dresdner Musikfestspiele und dem Trompeter Ludwig Güttler hat Roderich Kreile auch starke und versierte Partner an seiner Seite, die mit ihm als Steuerungsgruppe das Bach-Fest vorbereiten werden. Zu kritisieren ist jedoch die Art, wie das Vorhaben eingefädelt wurde.

Erstaunlich ist, wie schnell die Oberbürgermeisterin das Portemonnaie öffnet für Vorhaben, die ihr persönlich Glanz zu verleihen versprechen, während

zeitgleich seit Monaten Personal in der Stadtverwaltung abgebaut wird, wie sich am Palitzschhof und der Jugendkunstschule in Prohlis sowie den Städtischen Bibliotheken beobachten lässt. Immerhin geht es um eine Viertelmillion Euro, die einmalig zusätzlich durch die Stadtkasse bereit gestellt werden muss. Hinzu kommen Ausfallkosten, falls weniger Karten verkauft werden als prognostiziert, denn die Stadt ist die Veranstalterin des Bachfestes. Die Dresdner Musikfestspiele wiederum, die angesichts ihrer Größe und internationalen Ausstrahlung selbst personell an den Grenzen arbeiten, sollen die Organisation und Vermarktung übernehmen, wo-

für mindestens 50.000 Euro zusätzliche Personalkosten für Honorare anfallen.

Zum Vergleich sei daran erinnert, dass der Stadtrat vor wenigen Monaten auf Geheiß der Oberbürgermeisterin die Eintrittspreise für die Museen der Stadt Dresden erhöhen musste. Ursache war die Einführung des Mindestlohnes im Wach- und Sicherungsgewerbe. Für die Museen hatte die Oberbürgermeisterin keine 65.000 Euro zusätzlich übrig, um den Mindestlohn bedingten Mehraufwand zu finanzieren. Mit gerechter bezahlten Ausstellungsaufsichten lässt es sich auch schlechter schmücken als mit Festivaleröffnungen.

Aufgabe des Stadtrates muss es in den Haushaltsverhandlungen im Herbst für den Doppelhaushalt 2015/2016 sein aufzupassen, dass die benötigten 251.000 Euro für das Bach-Fest zusätzlich in den Haushalt eingestellt und nicht aus dem Topf der regulären kommunalen Kulturförderung gepresst werden, die schon gegenwärtig die freien Einrichtungen nicht ausreichend finanzieren kann und darauf angewiesen ist, dass Menschen in permanenter Selbstaussbeutung das Kulturleben Dresdens bereichern.

annekatriin.klepsch@dielinke-dresden.de

Breiten- und Spitzensport

Eislöwen, Dynamo, Volleyball ...

von Dr. Margot Gaitzsch

Am 16. April beschloss der Dresdner Stadtrat fast einstimmig, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, „die Umsetzung des Sanierungskonzeptes der BG ESCD mbH für den Sanierungszeitraum 2014/2015 bis 2017/2018 zu unterstützen“. Damit verzichtet die Stadt auf eine Summe von ca. 500.000 Euro. Bei den knappen Kassen ein gehöriger Betrag zugunsten des Eishockeysports in der zweiten Bundesliga. Und wir als LINKE haben daran einen entscheidenden Anteil. Nachdem es bereits eine Vorlage der Oberbürgermeisterin gab, die die Unterstützung des Sanierungskonzeptes ablehnte, stellte sich Herr Schnabel als neuer Geschäftsführer der BG ESCD vor. Mit der von uns – Tilo Kießling und mir – initiierten Verschiebung eines entsprechenden Beschlusses im Sportausschuss wurde nochmals eifrig gearbeitet. Das Ergebnis ist die genannte Zustimmung zur Sanierung. Haupthoffnungsträger ist nun der neue Geschäftsführer, Herr Schnabel, der aus Bitigheim kommt und dort über mehrere Jahre Erfahrungen im Eishockeysport gesammelt hat. Der Erhalt des Zweitliganiveaus ist hoffentlich auch Motivation an den Verein und seine Nachwuchsspieler. Die Nachwuchsarbeit wurde auf dem Ball des Dresdner Sports am 15. März 2014 ausgezeichnet. Nun muss das Sanierungskonzept konsequent umgesetzt werden. Dabei geht es insbesondere um die Gewinnung von Sponsoren. Da es in Dresden mittlerweile mit den Eislöwen, Dynamo, Frauen- und Männervolleyball sowie den Monarchs Profisport gibt, der sich immer an die gleichen Spon-



Foto: S. Hofschneider, pixelio.de

sorinnen und Sponsoren in der Region wenden, ist die finanzielle Decke ziemlich kurz. Eine Lösung scheint es nur in der Gewinnung überregionaler Unternehmen zu geben. Dazu kommt, dass auch der Breitensport sich auf Sponsorensuche macht, um die Finanzierung der Sportangebote zu verbessern.

Bleibt die Frage, wie wir uns als LINKE zukünftig bei solchen Entscheidungen verhalten. Es könnte auf die Frage für oder gegen Profisport heruntergebrochen werden. Das führt auch zu der Frage, ob sich die Stadt Profisport auch weiterhin leisten kann und will und wenn ja, wie viel. Einerseits könnten wir uns auf die Position zurückziehen, dass Profisport privatrechtlich organisiert wird und die Stadt außen vor ist.

Andererseits ist – auch der Profisport – ein kulturelles Ereignis und das nicht nur für die Fans. Woche für Woche und Monat für Monat füllen Menschen Stadien und Sporthallen und begeistern sich am dargebotenen Sport. Manche motiviert das dazu, selbst etwas zu tun.

Da gibt es aber gleichzeitig ein Problem. Nicht nur im Profi- oder Leistungssport gibt es Wettkämpfe, die Zuschauerinnen und Zuschauer anziehen. Wenn Kinder im Wettkampf sind, interessiert das auch die Eltern und Geschwister, interessiert das Oma, Opa, Tante, Onkel. Die meisten der Dresdner Turnhallen haben aber keinen Platz für Zuschauerinnen und Zuschauer. Notlösungen müssen her. Die Zuschauerinnen und Zuschauer bekommen einen Platz auf Turnbän-

ken oder Stühlen zugewiesen, der vom Sportfeld abgeknappst wird. Deshalb haben wir in unseren Aufgaben und Zielen für die künftige Fraktion beschlossen, dass es künftig in jedem Stadtgebiet eine Halle mit Zuschauerkapazität geben soll. Auf der gleichen Ebene steht die multifunktionale Ausstattung der Schulturnhallen für viele Sportarten.

Zurück zum Geld: Die Prämisse muss sein, dass die Unterstützung des Profisports nicht auf Kosten des Etats für den Breitensport gehen darf. Unser Ziel bleibt es, ein Sportangebot in der Stadt bereitzustellen, zu dem alle diskriminierungsfreien Zugang haben. Aktuell klingt das ein wenig utopisch, aber erstrebenswert. Und noch gilt: Wo ein (politischer) Wille ist, ist auch ein Weg.

Neue politische Themen der LINKEN

von Andreas Naumann

Im letzten Stadtrat dominierten wie meistens wichtige Stadtentwicklungsthemen, daneben gab es einige Entscheidungen zur Asylpolitik und im Kulturbereich. Bei diesen wichtigen Aufgaben und dem großen Interesse der BürgerInnen, beispielsweise an Fragen der Stadtentwicklung, ist es nicht verwunderlich, dass manche politische Fachbereiche kaum medial wiedergespiegelt werden, die aber genauso zum Leben in der Stadt gehören, wie eben die zentralen Themen, über die jeden Tag in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen informiert wird.

Seit dieser Wahlperiode habe ich mich in zwei dieser Fragen neben meinem Hauptgebiet, dem Natur- und Umweltschutz, eingearbeitet und sie auf die politische Agenda gesetzt.

Da ist zum einen der Tierschutz, welcher bisher in der Politik so gut wie keinen Stellenwert hatte. Es gibt keine Fraktion, bei der Tierschutz eine Rolle spielt und die Verwaltung hat ihn nur insofern auf der Tagesordnung, wie er eine Pflichtaufgabe der Kommune ist. Das sollte sich ändern und war auch ein Auftrag der LINKEN. Es ergab sich ein Kontakt mit einem der Tierschutzvereine in Dresden und eine so gute Zusammenarbeit, dass eine Kollegin des Tierschutzverbandes gleich auf Platz 2 in einem Wahlkreis für uns zur Kommunalwahl kandidiert. Zunächst habe ich mit den Tierschutzverbänden ein



Thema bearbeitet, das die Verbände als eines der dringlichsten in der Kommune ansehen: Es handelt sich um die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht freilaufender Katzen. Es gibt Schätzungen zufolge über 30.000 freilaufende Katzen allein in Dresden. Sie finden oft nicht ausreichend Nahrung und führen ein erbärmliches Leben. Die Tierheime sind überfüllt und finden keine neuen KatzenhalterInnen. Dieser Trend ist in der ganzen BRD zu verzeichnen. Darum haben bereits viele Kommunen die Pflicht zur Kastration und Kennzeichnung in ihren Satzungen festgeschrieben. Ein solcher Antrag für Dresden ist vorbereitet und wird in den Fraktionen diskutiert. Seitens der Bürgerinnen und Bürger liegen bereits über 3.000 Unterschriften vor, die eben das fordern. Für die kommende Wahlperiode will ich mit den Verbänden Tierschutzfragen in der Politik und der Öffentlichkeit auf die

Tagesordnung setzen. So werden gegenwärtig schon konkrete Voraussetzungen für einen zweijährigen Tierschutzbericht besprochen, aus dem die Öffentlichkeit über die Lage der in unserer Stadt lebenden Tiere informiert wird und woraus eine wirkliche politische und öffentliche Diskussion entstehen kann. Dieses Ziel haben wir auch in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Zum anderen ist da das Thema Wohnungslosigkeit, mit dem ich mich zunächst nur aus Interesse beschäftigt habe und seit dieser Wahlperiode die AG Wohnungslosigkeit leite. In dieser AG sitzen alle Trägervereine, die Stadtverwaltung, die Fraktionen und einige Sozialträger und MedienvertreterInnen. In der letzten Sitzung baten mich die Träger, diese Aufgabe auch in der kommenden Wahlperiode weiter zu führen. Auch die Wohnungslosigkeit ist nur ein

Randthema in Politik und Öffentlichkeit, obwohl die Zahl der Menschen ohne Wohnung deutlich zunimmt. Ich konnte einzelne Zeitungen von den Problemen überzeugen und habe das Thema Wohnungslosigkeit damit in den öffentlichen Fokus gerückt. Ein eigener Beirat ist in der Mitte der Wahlperiode an der bürgerlichen Seite im Stadtrat gescheitert. Er ist unbedingt notwendig und von den Trägern gewollt. Vielleicht gibt es im nächsten Stadtrat andere Mehrheitsverhältnisse, mit denen ein erneuter Versuch zum Erfolg führt. Ich habe oft über Wohnungslosigkeit in Dresden berichtet und war dazu auch in vielen Basisgruppen. Für die kommende Wahlperiode will ich mich stärker auf die Ursachen konzentrieren und mit den Sozialverbänden Maßnahmen zur Vorbeugung und gegen die Entstehung der Wohnungslosigkeit entwickeln. Angekündigt habe ich das und bin dabei auf die Zustimmung der Wohnungslosenträger gestoßen. Zu diesem Thema fahre ich noch diesen Monat zu einem Kongress nach Karlsruhe, wo ich Netzwerkkontakte ausbaue und in Erfahrungsaustausch gehen kann.

Das sind zwei der vielen Themen die ich als Kommunalpolitiker tagtäglich ehrenamtlich bearbeite und von denen die Öffentlichkeit kaum etwas erfährt, die aber so wichtig wie die großen zentralen Bauprojekte sind, denn ohne diese Kleinarbeit funktioniert auch die große Politik nicht.

andreas.naumann@dielinke-dresden.de

Vom Symbol unbegrenzten Fortschritts zum Baudenkmal

von Tilo Wirtz

Natürlich. „Dresden bemüht sich, dass der Dresdner Fernsehturm für die Öffentlichkeit wiedereröffnet wird.“ - so steht es im Kommunalwahlprogramm der Dresdner LINKEN. Denn viele fragen sich sehnsüchtig, wenn sie zum von vielen Punkten der Stadt sichtbaren Fernsehturm hinaufschauen, wie es wohl wäre, vom Fernsehturm in die Stadt hinunter oder ins Erzgebirge, in die Sächsische Schweiz oder in die Lausitz zu schauen. Leider musste der Dresdner Fernsehturm 1991 für die Öffentlichkeit aus Sicherheitsgründen gesperrt werden.

Türme sind schon immer Zeichen weltlicher und geistlicher Macht, gepaart mit Beherrschung von Technik und wirtschaftlichen Möglichkeiten gewesen. Prägen in alten Zeiten Schloss-, Burg- und Kirchtürme die Landschaft, sind es in der Moderne Schornsteine, Büro-, Kühl- und eben die Fernsehtürme geworden, die weit sichtbar Zeugnis unserer auf der Verwendung von Wissenschaft und Technik beruhenden Zivilisation ablegen. Speziell die Fernsehtürme standen dabei für die Vernetzung über das Fernsehen von den fünfziger Jahren an. Die Begehrtheit für die Öffentlichkeit mit Aussichtspunkten und Gastronomie war allerdings nur ein Nebenprodukt, war die Hauptaufgabe doch über einen hoch gelegenen Sendemast möglichst in wei-



tem Umkreis den Empfang von Rundfunk und Fernsehen zu ermöglichen.

Als Produkte einer Zeit unbegrenzten wissenschaftlichen und technischen Fortschrittsglaubens sind Fernsehtürme einerseits Opfer der dieser Zeit eigenen Dynamik und andererseits der damals herrschenden Selbstüberschätzung geworden. Durch leistungsfähige Breitbandübertragungen sind sie technisch überholt und als Sender zunehmend überflüssig, andererseits birgt die öffentliche Nutzung bauliche Risiken, die nur durch kostenintensive Umbauten und Instandhaltungen beseitigt werden können.

Nur noch drei der zehn größten deutschen Fernsehtürme sind öffentlich zugänglich. Dresden als neuntgröß-

ter könnte der vierte öffentlich nutzbare werden, wenn die notwendigen baulichen Instandsetzungen geleistet werden würden. Niemand würde aus reineweg finanziellen Erwägungen den Hausmannsturm des Schlosses, den Rathausturm oder die das Stadtbild prägenden Kirchtürme zur Disposition stellen. Der Dresdner Fernsehturm gehört in diese Liga als architektonisches, technisches und kulturelles Denkmal

und sollte deshalb aus Denkmalschutzmitteln des Freistaates und Zuschüssen der Landeshauptstadt Dresden instand gesetzt werden. Dass unbelastet von den Baukosten der Betrieb einer Gastronomie ohne Zuschüsse möglich ist, zeigt nicht nur der Berliner Fernsehturm, sondern auch der wesentlich kleinere in Zippendorf bei Schwerin.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tilo Wirtz, Andreas Naumann, Peter Rosse, Katrin Mehlhorn, Kris Kaufmann, Dr. Margot Gaitzsch, Annkatrin Klepsch

Fotos: pixelio.de, Tilo Wirtz, Marco Dziallas
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 04.06.2014
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog